

## 6. Problemfeld: Studiengebühren

### **Studiengebühren: unsozial, undemokratisch, unakzeptabel!**

Studiengebühren sind unsozial. Nur wer viel Geld oder reiche Eltern hat, kann sich 500 Euro Studiengebühren (hinzukommt ein Semesterbeitrag, in Göttingen rund 180 Euro) im Halbjahr leisten. Aber wer hat das schon? Gerade jungen Menschen aus der Mittel- und Unterschicht wird durch Studiengebühren ein Studium verwehrt oder zumindest extrem erschwert. Denn wer Studiengebühren zu zahlen hat, muss dafür oft noch zusätzlich arbeiten. Während der Arbeit kann natürlich nicht gelernt werden. So verlängert sich das Studium, denn gelernt werden muss ja genauso viel. Und so sinkt die Qualität des Studiums für einen großen Teil der Studierenden. Das schadet nicht nur ihnen selbst, sondern der ganzen Gesellschaft, die gut ausgebildete LehrerInnen, IngenieurInnen, ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen braucht.

Studiengebühren schließen den Zugang der Kinder von Arbeitern, Arbeitslosen und gering verdienenden Angestellten über den Geldbeutel zur Hochschule aus. Das ist undemokratisch, denn sie haben genauso ein Recht auf gute Bildung wie die Kinder wohlhabender Eltern. Daher sind Studiengebühren in Wahrheit Studienverhinderungs- und Selektionsgebühren!

Verfechter von Studiengebühren weisen zuweilen darauf hin, dass die Universitäten zu wenig Geld haben und sich dies durch Studiengebühren ändern ließe. Richtig ist, dass den Unis Geld für hochwertige Bildung für alle fehlt – allerdings sowohl mit als auch ohne Studiengebühren. Hierfür können weder die Unis noch die Studierenden etwas, denn der Anteil der Ausgaben für Hochschulen am Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten Jahren immer weiter gesenkt worden. Zuerst kürzt der Staat, dann wird gesagt, dass Geld fehlt (was daher wenig verwunderlich ist) und als dritter Schritt wird dann von den Studierenden verlangt, das selbst zu bezahlen, was der Staat nun gespart hat. Eine solche Politik ist nicht nur unakzeptabel, sondern auch unverschämt. Ob es sich nun um so genannte Langzeitstudiengebühren (in Niedersachsen schon seit dem Sommersemester 2003) oder um Gebühren ab dem 1. Semester (in Niedersachsen seit dem Wintersemester 2006 / 2007) handelt, ändert daran nichts: Studiengebühren sind unsozial, undemokratisch und unakzeptabel!

### **Frage 6: Welche Partei setzt sich für die Streichung der Studiengebühren ein?**

Nun haben Sie genug „Munition“, um bei den sich zur Wahl stehenden Parteien zu erkundigen?

Unser Rat ist, diejenigen zu wählen, die am meisten mit „Ja“ oder auch „Wir“ antworten! Denn diejenigen haben eine Vision davon, wie Armut konkret zu bekämpfen ist!

Arbeitsausschuss „Runder Tisch ARMES GÖTTINGEN“

v.i.S.d.P.: G.Siebecke, c/o Paritätischer Göttingen, Zollstock 9 a, 37081 Göttingen



## **Runder Tisch ARMES GÖTTINGEN**

c/o Paritätischer Göttingen  
Zollstock 9 a  
37081 Göttingen

## **Wahlprüfsteine zur niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar:**

# **Wen sollten wir wählen?**

### **Fragen des „Runden Tisch ARMES GÖTTINGEN“**

„Wen sollten wir wählen“, „Ist es nicht egal, wen man wählt“? Das sind Fragen, die sich viele Menschen stellen - in einer Zeit,  
- in der „Reformen“ Geld kosten statt Verbesserungen zu bewirken,  
- in der es immer mehr Armut und Ausgrenzung gibt,  
- in der Reallohnsenkung und Sozialabbau fast jeden treffen!

Der „Runde Tisch ARMES GÖTTINGEN“ empfiehlt, die eigenen Interessen bei der Stimmabgabe zu beachten. Hierzu stellen wir ein paar kommentierte - Fragen, die Sie sich von den Parteien und deren KandidatInnen beantworten lassen können:

## 1. Problemfeld Arbeitslosigkeit und Lohndumping

### **Kampf der Arbeitslosigkeit und nicht den Arbeitslosen!**

Hartz IV, die am 1.1.2005 eingeführte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, bedeutete die schärfste Sozialabbau-Maßnahme seit Bestehen der Bundesrepublik. Mit Hartz IV kehrte die Zeit der Lebensmittelgutscheine und der Armenküchen, die Zeit der Massenarmut zurück. Ca. 7 Mill. Menschen sind direkt oder indirekt von Hartz IV betroffen (Stand Nov. 2007, Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

### **Hartz IV schafft Armut aber keine Arbeitsplätze!**

„Weniger Arbeitslosigkeit und damit weniger Kosten“ - war das Ziel der Arbeitsmarktreformen. Doch Hartz I bis III sind gescheitert, ebenso umstritten ist Hartz IV, mit dem das Arbeitslosengeld II geregelt wird. Die Kosten dafür sind explodiert und statt neuer Vollzeitstellen entstehen offenbar immer mehr Mini- und 1 Euro - Jobs, von denen niemand leben kann. Hartz IV erhöht den Druck auf Löhne, Arbeitszeit und Arbeitspensum der Menschen, die noch Arbeit haben.

### **Weg mit Hartz IV**

Hartz IV kann selbst bei Erhöhung der Regelsätze seinen schlechten Ruf nicht ablegen. Hartz IV muss weg! Wir brauchen ein neues Modell, bei dem es nicht nur um bessere finanzielle Ausstattung geht, sondern um einen Neuanfang in der Sache. Hartz IV zu beziehen ist wie abgestempelt werden und wir brauchen das genaue Gegenteil.

- Deshalb muss Hartz IV sofort abgeschafft werden. Solange dieses sich nicht durchsetzen lässt, ist der Regelsatz erheblich anzuheben und die Freibeträge für Vermögen und die Ersparnisse zur Alterssicherung sind zu erhöhen.
- Zusätzliche Arbeitsplätze statt 1-Euro-Jobs, besonders im gemeinnützigen Bereich. Dafür sollten die Mittel für Hartz IV, Wohnung und 1-Euro-Job zusammengelegt und als Lohn für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ausbezahlt werden.
- Die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundversicherung, die vor Armut schützt, ist längst überfällig
- Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von dem es sich ohne zusätzliche staatliche Zuschüsse leben lässt.

## **Frage 1: Welche Partei setzt sich für die Abschaffung von Hartz IV ein?**

## 2. Problemfeld: Elterngeld und Chancengleichheit

### **Elterngeld und Chancengleichheit statt Kinderarmut**

Elterngeld ist - neben kostenfreier Angebote an Kinderhort- und Kindertagesstätten-Plätzen und Schulen mit freien Lernmitteln - die beste Basis für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen und damit deren Chancenverbesserung für Ausbildung, berufliche Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Nur so lässt sich die fatale Mehrgenerationenarmut durchbrechen und zumindest eine Chancenangleichung anstreben.

## **Frage 2: Welche Partei setzt sich für Elterngeld und damit für Chancengleichheit ein?**

## 3. Problemfeld: Frauenförderung und Frauenarmut

### **Frauenförderung statt Frauenarmut**

Ob im gesellschaftlichen Leben oder in der Arbeitswelt: Frauenförderung ist kein „alter Hut“, sondern nach wie vor ein Thema der Armutsbekämpfung.

Nur wer konsequent für gleiche Beschäftigungschancen und gleiche Löhne (statt Teilzeitjobs und Lohndumping zu Lasten v.a. der Frauen) oder entsprechende soziale Absicherungen in der Elternphase eintritt, gibt Frauen eine Chance, wirtschaftlich und gesellschaftlich unabhängig vom tradierten „Haushaltsvorstands“-Modell bzw. von gesellschaftlichen Transferleistungen zu leben, in allen Lebensabschnitten - bis zum Rentenalter.

## **Frage 3: Welche Partei setzt sich für Frauenförderung ein?**

## 4. Problemfeld: Teilhabe von MigrantInnen

### **MigrantInnen: Teilhabe statt Ausgrenzung**

Alle BürgerInnen haben ein Recht auf Teilhabe von Anfang an, unabhängig aus welchem Grunde sie eingewandert oder geflüchtet sind.

Nur konsequente Sprachförderung und Integrationsangebote für alle Generationen verhindern Chancenungleichheit, Armut und Ausgrenzung von MigrantInnen.

## **Frage 4: Welche Partei setzt sich für die Förderung von MigrantInnen ein?**

## 5. Problemfeld: Seniorenpolitik

### **SeniorInnenpolitik statt Altersarmut**

Nur wer konsequent die Renten an die Lebenshaltungskosten (statt an die sinkenden oder stagnierenden Löhne) angleicht und die fatale „Selbstbeteiligungsspirale“ im Gesundheitswesen (10 EURO Praxiseintritt, Verschuldung durch Zahnersatz und bei Naturheilverfahren ...) zurückfährt, verhindert die weitere Zunahme der Altersarmut.

## **Frage 5: Welche Partei setzt sich für die konsequente Erhöhung von Renten ein?**

## Wer ist der „Runde Tisch ARMES GÖTTINGEN“?

1. Der Runde Tisch ARMES GÖTTINGEN gründete sich 1992 als Zusammenschluss von Verbänden, Vereinen, Initiativen und BürgerInnen, die im sozialen Bereich arbeiten bzw. sich engagieren und in diesem Zusammenhang mit Armut zu tun haben.

2. Der Runde Tisch ARMES GÖTTINGEN will in erster Linie politisches Sprachrohr von Armut Betroffener bzw. potentiell Betroffener sein.

3. Der Runde Tisch ARMES GÖTTINGEN will sich daher für die Verbesserung der Bedingungen für soziale Arbeit sowie für die Wahrnehmung sozialer Rechte einsetzen.

4. Der Runde Tisch ARMES GÖTTINGEN ist damit ein von Politik (Parteien, Fraktionen) und Verwaltung (Stadt und/oder Landkreis Göttingen, Landes- oder Bundesregierung) unabhängiger Zusammenschluss von im sozialen Bereich arbeitenden bzw. sich engagierenden BürgerInnen und Nicht-Regierungs-Organisationen.

5. Zugleich sind die in der Region Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung zur Diskussion am Runden Tisch ARMES GÖTTINGEN eingeladen, um sich gemeinsam für den Abbau von Armut sowie für eine Verbesserung der Bedingungen sozialer Arbeit einzusetzen.

6. Der Runde Tisch ARMES GÖTTINGEN ist damit auch nicht einfach ein „Projekte-Plenum“, noch ist er ein „Unterausschuss“ der Wohlfahrtsverbände. Er versteht sich jedoch als Teil der regionalen Basis der niedersächsischen und nationalen Armutskonferenz

7. Mit den einzelnen im sozialen Bereich tätigen Initiativen, Projekten etc. sowie mit den Wohlfahrtsverbänden verbindet den Runden Tisch ARMES GÖTTINGEN jedoch ein gemeinsames Interesse: Politisches Sprachrohr sein zu wollen - auch der in diesem Zusammenhang tätigen MitarbeiterInnen, da diese nicht zuletzt aufgrund des ständig voranschreitenden Sozialabbaus zu den mittelbar oder unmittelbar von Armut Betroffenen gehören.



Reicher Mann und armer Mann  
Standen da und sah'n sich an.  
Und der Arme sagte bleich:  
Wär' ich nicht **arm**, wärst du nicht **reich**  
**Bertold Brecht**